

# Merseburger Correspondent.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 183.

Donnerstag den 10. November.

1881.

## \* Fürst Bismarck und die Antisemiten.

Fürst Bismarck hat dieser Tage Veranlassung genommen, sich über die antisemitische Bewegung auszusprechen. Er hat seine volle Mißbilligung über dieselbe zu erkennen gegeben und mit Nachdruck betont, er werde niemals dazwischen willigen, daß die staatsbürgerlichen Rechte der Juden irgend beschränkt würden. Keineswegs war Fürst Bismarck zu dieser Erklärung provocirt worden; er brachte den Gegenstand vielmehr selbst auf das Papier. Der Reichskanzler läßt sich übrigens gar nicht zu Erklärungen provociren, die er nicht abgeben will. Man kann ihn fragen, so viel man mag; will er keine Antwort geben, so bekommt man seine Silbe von ihm heraus. Fürst Bismarck hat also den Wunsch geäußert, daß seine Stellung zu der Frage bekannt werde und er hat ausdrücklich die Veröffentlichung seiner Aeusserungen gewünscht. Er hat die Erklärung nicht früher abgegeben, bis der Ausfall der Wahlen bekannt wurde. Hätte er sie früher abgeben wollen, so hätte er täglich dazu Gelegenheit nehmen können. Er fragt sich nun, ob er die Erklärung auch, und ob er sie entschieden abgeben hätte, wenn der Ausfall der Reichstagswahlen ein anderer gewesen wäre, wenn z. B. die antisemitische Bewegung sich stark genug gezeigt hätte, die fortschrittlichen Candidaten aus Berlin zu verdrängen. Mit Bestimmtheit wird man keine Antwort auf diese Frage geben können.

Wir würden das Verdienst der Erklärung des Reichskanzlers für bei weitem größer erachten, wenn sie früher erfolgt wäre, z. B. zu jener Zeit, als der deutsche Kronprinz, die antisemitische Bewegung als eine Schwach für Deutschland erklärte. Wer diese Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der weiß, daß sie niemals hätte die Stärke erreichen können, die sie angenommen hat, wenn nicht die Meinung allgemein verbreitet gewesen und unwidersprochen geblieben wäre, Fürst Bismarck sei der Beförderer derselben. Wurde der Reichskanzler doch von Dr. Förster, dem Veranlasser der Antisemitenpetition, für den größten der Antisemiten erklärt, und erzählte doch dieser Herr Förster, der Reichskanzler habe diese Petition nicht nur entgegengenommen, sondern der Wortlaut derselben sei ihm, bevor sie zur Unterschrift in Circulation gesetzt wurde, von dem Frh. v. Thüngen-Rosbach in Riffingen unterbreitet worden, und er habe sie gebilligt. Um den Glauben zu verbreiten, Fürst Bismarck begünstige die Antisemiten, wurden von den Leitern derselben Telegramme an ihn erlassen, und Fürst Bismarck hat dieselben immer auf das Entgegenkommendste beantwortet. Aber wohlgemerkt: in den Antworttelegrammen steht kein Wort der Billigung des antisemitischen Treibens; in den an ihn gerichteten Depeschen stand nichts von Antisemitismus, sondern nur von Kaiser und Reich und von Zustimmung zu des Reichskanzlers Politik, und die Antworten sprachen wieder nur von Kaiser und Reich, und für die Unterstützung seiner Politik sprach der Reichskanzler seinen Dank darin aus. Niemand kann eine Silbe aus den veröffentlichten Telegrammen nachweisen, in denen Fürst Bismarck die Billigung des Treibens der Ruppel, Söder, Henrich, Förster und

Gen. ausgesprochen hätte. Die große Menge las aber die Zustimmung des Kanzlers zu der Bewegung heraus.

Durch alles dieses ist die antisemitische Bewegung so weit gekommen, daß die Agitatoren Bismarck drohen, sie würden dieselbe auch gegen ihn zum Austrage bringen. Das von antisemitischem Gelde gegründete und unterhaltene „Deutsche Tageblatt“ sagt: „Die Judenhege hat einen berechtigten Kern; sie existirt trotz der angebliden Anschauungen Fürst Bismarcks, sie wird, wenn er's so haben will, auch gegen ihn existiren.“ Wir sehen daraus also, wie es mit den loyalen Behauptungen der Antisemiten bestellt ist. Bis dahin haben sie den Reichskanzler in den Himmel erhoben, weil sie glaubten, er sei ihr Mann. Nun er anderer Meinung zu sein scheint, drohen sie ihm, sie würden ihre Hege auch nöthigenfalls gegen ihn fortsetzen.

Um diese Sprache zu verstehen, muß man wissen, daß die Agitatoren von dem Antisemitismus ihre Existenz fristen. Ueber die Mittel, welche der konservativ-antisemitischen Bewegung in letzter Zeit zugeflossen sind, wird uns aus Berlin von Jemand, dem ein Zufall Einsicht in die bezüglichen Kassensverhältnisse verschafft, mitgetheilt: „Die Summen, welche die konservativ-antisemitische Bewegung verschlungen, sind noch weit größer, als man annimmt. Die konservative Wahlagitation in Berlin hat allein mehr Geld erfordert, als die Wahlkosten sämmtlicher liberalen Parteien im ganzen Reich zusammen betragen haben. Allein durch den großen Schnittwaarenhändler Herzog, den Concurrenten von Gerson, (Frael u. f. w.), sind etwa 400 000 Mark an die Kasse des konservativen Centralwahl-Comités abgeliefert worden, von denen Herr Herzog über 160 000 Mark aus eigener Tasche gegeben hat. Woher der Rest geflossen, ist dem Central-Comité selbst nicht bekannt. Auch was außerdem zugeflossen, stammt zum allergrößten Theil von großen Bankiers und Kaufleuten. Es herrscht in den Kreisen der antisemitischen Agitatoren großer Unmuth darüber, daß der hohe Adel, der große Grundbesitz und die hohe Beamenschaft zum großen Theil gar nichts, zum Theil nur winzige Spenden zu dem konservativen Wahlfonds beigetragen haben. Von den Großgrundbesitzern sind es allein die Herren v. Wirbach und v. Minnigerode, welche einigermaßen erhebliche Summen gespendet haben. Die hohe Aristokratie und besonders die hohen Hofbeamten haben Die, welche mit dem konservativen Klingelbeutel zu ihnen kamen, nicht sehr gut aufgenommen. So kam ein Herr vom „Deutschen Tageblatt“, ein Hauptmann v. A., zu dem Grafen R., einem der reichsten preussischen Cavaliere, der eine der höchsten Hofchargen bekleidet, und dieser empfing den Bittsteller mit den Worten: „Die ewige Bettellei!“ Der also Angefahrene verbat sich den Ausdruck „Bettler“ mit dem Hinweis darauf, daß er Offizier und Cavalier sei. Graf R. schickte später an das konservative Centralcomité eine Spende von 50 Mark, die ihm zurückgeschickt wurde.

Man ersieht aus diesen kleinen Zügen, daß die konservativ-antisemitische Agitation auch in den höchsten Gesellschaftskreisen keinen Boden hat, ebenso wie es nicht gelungen ist, sie in die Arbeiterkreise zu tragen. Es ist nur eine dünne Mittel-

schrift, in der sie ein künstliches Leben führt, und auch dort wird sie jetzt wahrscheinlich bald erlöschen.

## Politische Uebersicht.

In Breslau ist das Un glaubliche wirklich geschehen; die Konservativen und Freikonservativen haben dort den Rath der „Schles. Itz.“ befolgt und in der Stichwahl in beiden Wahlkreisen für die sozialdemokratischen Candidaten gestimmt, welche denn auch über die fortschrittlichen gestiegen haben. In der Hauptwahl erhielten die Sozialdemokraten Hasenclever und Kräder dort 5242 und 4955, dagegen in der Stichwahl 8457 und 8359 Stimmen. Die vereinigten Konservativen hatten bei der Hauptwahl 4152 und 3430 Stimmen aufgebracht. Man erkennt also, daß die Zunahme der Stimmen, welche die Sozialdemokraten erhielten, mit dieser konservativen Stimmenzahl im Einklange steht. Nur wenige Konservativ haben sich der Wahl enthalten. So operirt die das Ministerium stützende Partei! Es ist gewiß ein trauriges und demüthigendes Ereigniß, daß die zweite Hauptstadt Preussens, Losgerissen von ihren langjährigen politischen Traditionen, die Fahne des staatlischen und gesellschaftlichen Umsturzes im Reichstage aufspant; aber es ist nicht nur ein trauriges, sondern auch ein klärendes Ereigniß, insofern es dem Lande zeigt, wo die Schildträger dieser Umsturzpartei zu suchen sind, falls der Wille des Volkes sich einmal gegen die Gelüste der politischen Reaction zur Wehre setzt. Selbstverständlich wird man uns jetzt in der offiziösen, konservativen und sonstigen antiliberalen Presse die absolute Unschämlichkeit der beiden in Breslau gewählten Sozialdemokraten und noch einiger anderer dazu demonstrieren. Darauf sind wir gefaßt. Es wird das ein sehr schätzbares Material zu den Motiven für die abermalige Verlängerung des Sozialistengesetzes geben, und es wird sich außerdem danach sehr klar beurtheilen lassen, was es mit den „staatlischen“ und „nationalen“ Bestrebungen einer Particocalition auf sich hat, die im engsten Anschlus an die eingehandene Parole „Pulver und Dynamit!“ gegen den freisinnigen Theil der Nation zu Felde zieht.

Welche Segnungen die neue Wirtschaftspolitik gebracht hat, erhellt auch aus folgendem Passus der Rede, mit welcher der Landtag des Großherzogthums Oldenburg, eines finanziell überaus gut situirten Landes, am 3. v. M. eröffnet worden ist. Es heißt dort an einer Stelle: „Für das Großherzogthum hat, trotz des eingetretenen Sinkens des Aufwandes für Reichszwecke, ein geringerer Zuschlag zur Einkommensteuer sich nicht vermeiden lassen, da, wesentlich in Folge der gedrückten Erwerbsverhältnisse, mehrere Einnahmen nicht in der bisherigen Höhe haben eingestellt werden können.“ Es ist dies eine amtlich in aller Form abgegebene Erklärung der oldenburgischen Staatsregierung.

Italienische Blätter berichten von einem Glückwunsch-Schreiben des deutschen Kronprinzen an König Humbert, in welchem derselbe seiner Freude über die Wiener Entwurfs-Ausdrück giebt, weil dadurch Italien auch Deutschland nähergebracht werde. — Nach einer Münchener Meldung der „Perseveranza“ hat auch der König

von Bayern anlässlich der Wiener Reise des königlichen Paares ein Glückwunsch-Schreiben an König Humbert gerichtet.

Nach einer der Vol. Corr. aus **Frankreich** zugehenden Meldung dürfte eine der ersten Maßregeln des Ministeriums Gambetta den Zweck verfolgen, die Dimensionen, welche die tunesische Expedition angenommen hat, nach Möglichkeit einzuschränken. Man geht hierbei in den maßgebenden Kreisen von der Anschauung aus, daß die zu erhoffenden Resultate der Expedition zu den in der letzten Zeit zu außerordentlicher Höhe angeschwollenen Kosten in keinem angemessenen Verhältnis stünden. Gleichzeitig wird die in Zusammenhang stehende Abkündigung signalisiert, dem Bey von Tunis einen Teil seiner ihm durch den Vertrag vom 12. Mai d. J. entzogenen Rechte zurückzuerstatten. Mit dieser Meldung würde die Nachricht von der wahrscheinlichen Abberufung des seitberigen Ministerpräsidenten in Tunis, Roustan, übereinstimmen.

Am **russischen** Hofe ist gestern, am 9. d. M., der funfzehnjährige Hochzeitsstag des Zaren festlich begangen worden.

General Sherman, der Höchstkommandierende der **Bereinigten Staaten**-Armee, empfiehlt, wie aus Washington depechiert wird, in seinem allgemeinen Jahresbericht aus Gründen des militärischen Dienstes eine Vermehrung des Heeres. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um eine Vergrößerung der Armee behufs eines defensiven oder gar offensiven Krieges. Das stehende Heer der Vereinigten Staaten, das vor dem Sezessionskriege 12 000 Mann betrug und jetzt schwerlich mehr als die doppelte Zahl betragen wird, dient lediglich zum Schutz der Grenzen gegen die Indianer. Die zu bewachenden Grenzen sind allerdings außerordentlich weit ausgedehnt, und es wird schon lange Klage darüber geführt, daß die Truppenanzahl nur der äußerst exponierten Dienst nicht ausreicht; daher die häufigen Raubfälle der Indianer und wiederholten Angriffe derselben auf kleine Militärposten.

### Deutschland.

— (Wie sich das Centrum fühlt), hat eine dieser Tage stattgehabte Parteiversammlung in Bochum — um Herrn Schorlemer daselbst gegen Herrn Löwe durchzubringen — wieder bewiesen. Herr Windhorst erschien daselbst und ist zunächst als zugeknöpfter Diplomat aufgetreten. Wenn man geglaubt hat, so sagte er, bei der augenblicklich günstigen Constellation des Centrums über die politische Situation Auskunft von mir zu erhalten, so bedauere ich sehr, daß Sie nicht viel zu hören bekommen werden. Keine Armee verrät ihren Operationsplan dem Feinde vor der Schlacht. Die Ziele des Centrums sind aber klar, sie ergeben sich aus den Grundfragen desselben und aus der Vergangenheit. Wir wissen, was wir wollen und was wir zu thun haben und werden es zur rechten Zeit thun. Nach diesem orakelnden Anfang brontete der Redner späterhin, daß es sich um eine „Emancipation der Katholiken auf kirchlichem, politischem, communalen und sozialen Gebiete“ handle. Dieselben hätten Anspruch auf verhältnismäßige Vertretung in allen Staatsämtern, vom Minister an bis zum Polizeidiener. Vor Allem aber sollten sie nicht „schluckerhaft bitten“, sondern, wie sich's gebühre, ihre verbürgten Rechte fordern. So Herr Windhorst. Was meint die Regierung, was meinen die Konservativen hierzu? Sind sie auch der Ansicht, daß die Katholiken in Deutschland erst „emancipiert“ werden müssen, d. h. daß sie augenblicklich „kirchlich, politisch, communal und sozial“ unterdrückt und ihrer Rechte beraubt sind? Wenn sie sich nicht zu dieser Ansicht bekennen, so werden sie vom Centrum wenig Hilfe zu erwarten haben.

### Zu den Wahlen.

Die Stichwahlen ergaben am 8. d. in Greiz den Sieg des Sozialdemokraten Wilhelm Bloß über seinen konservativen Gegner, in Erfurt den Sieg des Prof. Stengel (Sezessionist) gegen

den Minister Dr. Lucius. In Frankfurt a. M. siegte Sonnemann (Fortfchr.) gegen einen Sozialdemokraten, in Hamm v. Bodum-Dolffs (lib.) gegen Peter Reichensperger, in Dessau Sello (Sezessionist) gegen v. Cuno, in Heidelberg Dr. Blum (Nationallib.) gegen Fischer (Centr.), in Mannheim Kopfer (Demokrat), in Nürnberg Grillenberger (Sozialist) gegen Günther (Fortfchr.).

Die Sozialdemokratie macht die denkbar möglichsten Anstrengungen, um bei den Stichwahlen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis ihre Candidaten durchzubringen. Das sozialistische Wahlcomité hat dem königlichen Polizeipräsidenten das Manuskript eines Wahlflugblatts überreicht mit der Anfrage, ob der Verbreitung gesetzlich etwas im Wege stünde. Dem Vernehmen nach hat das Polizeipräsidentium jede Erklärung hierüber abgelehnt und sich die weiteren Entscheidungen vorbehalten.

### Provinz und Umgegend.

† Der Magistrat unserer Nachbarstadt Halle hat bei den Stadtverordneten die Genehmigung zur Aufnahme einer 4 prozentigen Anleihe im Betrage von 3 Mill. Mk. beantragt. Aus dem sehr ausführlichen Verhandlungen über diesen Antrag geht hervor, daß die Stadtverordneten nur 2 Millionen bewilligt haben. Die Absicht des Magistrats war, die Gelder zur Verfriedigung folgender Bedürfnisse zu verwenden: 1) Bau einer höheren Töchterchule, 2) zwei Turnhallen, 3) ein Siechen- und ein Zrennhaus, 4) ein Schlachthof, 5) Umbau des Rathesellers und der Pfännerhube, 6) ein Asyl für Obdachlose, 7) Ausbau der sogenannten Halle und der Erwerb der Reitbahn. Von diesen Projecten lehnte Versammlung den Bau einer höheren Töchterchule ab. Ferner wurde der Bau nur einer Turnhalle bewilligt, da schon zwei existiren. Der Bau des Siechen- und Zrennhauses wurde abgelehnt, ebensó der des Schlachthofes, weil nach der jetzigen Lage wohl anzunehmen ist, daß letzteres von den Fleischern ausgeführt werden wird. Dem Umbau des Rathesellers und der Pfännerhube wurde zugestimmt. Das Asyl für Obdachlose wurde allgemein für notwendig erkannt und der Bau bewilligt. Der Erwerb der Reitbahn muß noch dahin gestellt bleiben, bis einige Vorfragen erledigt sein werden. Von den oben bezeichneten 2 Millionen Mark sollen aber vorläufig nur 1 600 000 Mk. aufgenommen werden; zugleich hiermit sollen die noch ausstehenden 4 1/2 %igen Schuldverschreibungen in 4 %ige umgewandelt werden. Ein Konjunktur Hallescher Bankiers hat gegen 1/2 pCt. Provision die Finanzierung übernommen.

† Am letzten Sonntag, abends 9 Uhr wurde der Einwohner Bent aus Lengsfeld, welcher von Kleinheringen kommend, auf dem Bahngelände, von einer zurückkehrenden Maschine überfahren und starb, in seine Wohnung gebracht, kurze Zeit darauf. — Von anderer Seite wird über diesen Fall noch berichtet: Der Verunglückte, der, obgleich in den 60er Jahren stehend, sich noch eines rüstigen Körpers erfreute, war Geschäftsführer nach Kamberg gegangen, benutzte von da ab bis Grobheringen den Eisenbahnzug, um von hier aus den Weg nach Hause zu Fuß zurückzulegen. Er gebrauchte hierzu die Eisenbahnlinie, dabei jedoch den Strang wählend, von dem er aus den Zug im Rücken haben mußte. Die Lokomotive übertraf ihn, wies ihn nieder, so daß er bedeutende Verletzungen erlitt, doch trotzdem noch im Stande ist, den Beamten der Eisenbahn, die ihn in einer Kowry abholten, Namen und Wohnung anzugeben und mit ihrer Unterstützung sein Zimmer zu erreichen. Kurz darauf erlitt er den Tod seinerer Leiden. — Desgleichen wurde ein Bahndarier auf der Strecke zwischen Sulza und Apolda vom Nachschlüsselzuge erfaßt und sofort getödtet.

† In Andreasberg entstand in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend Feuer, das in rasender Eile die trockenen aus Holz erbauten Häuser ergriff und in Asche legte. Es sollen, wie man hört, eine große Anzahl Häuser, die von Bergleuten bewohnt werden, niedergebrannt sein.

† Scharlach und Diphtheritis haben jetzt in Erfurt soweit nachgelassen, daß wenigstens ein Teil der Schulen wieder aufgenommen werden kann.

† Bei Staffurt machte am Montag Abend der durch einen Unglücksfall theilweise erwerbsunfähig genordnete Arbeiter Wille aus den Eisenbahnschienen seinem Leben ein Ende. Von dem herausbrausenden Zuge war dem Unglücklichen der Kopf vom Kumpfe getrennt worden.

† Der Vorstand der Volkskinderbewahranstalt in Nordhausen und der des Armenvereins beabsichtigen für diese Stadt eine „Kinderbewahranstalt für schulpflichtige Kinder“ ins Leben zu rufen. (In einigen größeren Städten Süddeutschlands und der Schweiz existiren derartige Anstalten schon seit vielen Jahren und wirken höchst erfolgreich.) Es sollen in dieser Anstalt hauptsächlich jüngere schulpflichtige Kinder, welche in den späten Nachmittagsstunden wegen Abwesenheit der Eltern sich selbst überlassen und ohne Aufsicht sind, Aufnahme finden und hier unter Aufsicht von Lehrern oder Lehrhelfern ihre Schularbeiten fertigen und durch Arbeit und Spiel beschäftigt werden, um die Kinder von schädlichen Einflüssen zu entziehen.

† In Rotenburg a. d. Fulda wurde der dortige Bürger Jacob am Montag Morgen erschossen vor seinem Bette aufgefunden. Derselbe hielt noch in ein Terzerol in der Hand, so daß man annahm, Jacob habe sich selbst erschossen. Bald gemerkt, daß die Sache indes einen anderen Anstrich und augensichtlich ist der bereits verheiratete Sohn und die Frau des Erschossenen unter dem dringenden Verdacht des Mordes gefänglich eingezogen worden. Außerst gravierend war die Aussage eines Mannes, derin dem der Sohn Jacobs am Abende 50 Thaler geboten, wenn er ihm helfen wolle, seinen gerade etwas angetrunkenen Vater in die Fulda zu führen.

† In der Nacht zum 7. d. wurden in Leipzig wieder zahlreiche sozialistische Flugblätter der Günstigen der Wahl Babels in der Stadt ausgebreitet. Der Polizei fielen dabei 10 Personen als Verbreiter dieser Schriften in die Hände.

### Localnachrichten.

Merseburg, den 10. November 1881.

\*\* Im „Voll!“ hielt am Dienstag Abend der Verein zur Beseitigung der gewerblichen mäßigen Bettelei seine Generalversammlung. Von 425 Mitgliedern waren im Ganzen 13 Personen erschienen. Aus dem vom Vorsitzenden Herrn Bezirksgerichtsdirector Nobbe erstatteten Jahresbericht, den der Schriftführer des Vereins Herr Bureauvorsteher Schwenkler, mit einem reichhaltigen statistischen Material ausgestattet, hervorging, daß vom 1. October 1880 bis Ende September d. J. 6299 durchreisende Fremde (227 mehr als im Vorjahre) in der bisherigen Weise vom Verein unterstützt wurden. Abgewiesen sind aus verschiedenen Gründen 1772 Personen, darunter 139 wegen Trunkenheit, ca. 90 wegen unpassenden Benehmens, ferner eine Anzahl, die mit Zwangspfläßen und endlich auch solche, die mit Requirirungen versehen waren. Die Zahl der um Unterstützung Nachsuchenden belief sich demnach auf 8071 Personen. Dem Alter nach entfallen von den Unterstützten auf Fremde bis zu 30 Jahren 4843, auf solche über 30 Jahre 1456; unter den Letzteren befanden sich 22 Personen über 60 und 3 über 70 Jahre zählten. 1469 Personen wurden eine Gehunterstützung von je 10 Pfennigen, 480 eine Marke im Werthe von 20 Pfennigen, einzelne besonders dürftigen Fremden auch eine höhere Unterstützung gewährt. Wie im vorhergehenden Geschäftsjahre, so war auch im letzten die Frequenz im Winter nicht unbedeutend größer als im Sommer. Zu den Durchreisenden stellen das größte Contingent die Schuhmacher mit 507, dann nächst die Bäcker mit 470, die Tischler mit 437 und die Fleischer mit 376 Angehörigen; außerdem Handwerksgefallen besaßen sich auch 220 Löhner, Bergleute, Schreiber u. s. w. unter den Vorkommenden. Nach Schluß dieser Darlegung erstattete Herr Beigeordneter Jehn in der Kostenberichterstattung Bericht über die Einnahmen aus zweimonatlichen Sammlungen 1257 Mk. 35 Pf., die Ausgaben incl. der Deckung eines vorjährigen Defizits

1406 M. 83 Bf. Der Verein hat somit auch diesmal mit einer Unterbilanz und zwar in der Höhe von 149 M. 48 Pf. abgeschlossen. Eine Erhöhung des Minimalbeitrages wird trotzdem seitens des Vorstandes nicht befürwortet, nur bezieht sich derselbe auch für die Zukunft die Besetzung zu Erntesammlungen vor. Die beantragte Decharge wurde hierauf ertheilt. In der nunmehr vom Vorsitzenden eröffneten Discussion regt Herr Weisen die Heranziehung der Zahlungen zur Unterstützung des Vereins an, betont hierbei die moralische Verpflichtung der Gewerke, für ihre arbeitslosen Angehörigen einzutreten und hält es empfehlenswert, mit den Innungsvorständen über diese Frage in Verhandlung zu treten, wozu sich, da der Vorsitzende die Competenz des Vereins bezweifelt, Herr Bürgermeister Reinefarth bereit erklärt. Im weiteren Verlauf wird die Beschaffung eines Arbeitsnachweises besprochen. Herr Bürgermeister Reinefarth macht hierbei beifalls größtmögliche Entlastung des Vereins den Vorschlag, alle frägen hier eintreffenden Unterstützungsbedürftigen wenn irgend thunlich zu einer mindestens zweitägigen Tätigkeit in der städtischen Kiesgrube heranzuziehen und die vom Aufseher beigemessene Leistung mit 20 Pf. zu lohnen. Die darauf verlassenen Beträge würde die Kammereasse dem Verein zurückzahlen. Nachdem verschiedene Redner für und gegen dieses Projekt gesprochen, wird der Vorstand beauftragt, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Eine weitere, von der hiesigen kgl. Regierung ausgehende und vom Hrn. Bürgermeister Reinefarth vorgebrachte Anregung geht dahin, den Verein für Gründung von Pensionssparcassen zu interessieren. Da jedoch die hiermit verbundene Arbeitslast eine zu große sein würde, stellt sich die Versammlung dem gegenüber entschieden ablehnend. Der letzte Punkt der Tagesordnung, Herr Vorstandswahl, wurde durch einstimmige Wiederwahl der alten Mitglieder ohne Debatte erledigt. Wir schließen das Referat mit dem Wunsch, daß sich das Interesse der Mitglieder des Vereins bei der Einholung der Beiträge lebhafter betätigen möge, als beim Besuch der Versammlungen.

Unser Executive brachte am Dienstag die Meldung in Aufregung, daß ein unbekannter Mann am Gottliebshöhe einem 12-jährigen Mädchen das Portemonnaie mit 3 M. Inhalt aus der Hand gerissen und damit entflohen sei. Auf nähere Befragen gab die Beraubte ohne Weiteres eine vollständige Beschreibung des Attentäters und der Art und Weise, wie derselbe das Bubenstück ausgeführt. Noch an demselben Tage wurde jedoch das Portemonnaie nebst Inhalt gefunden und in den Händen der Polizei überliefert. Dies gab Veranlassung an der erzählten Geschichte zu zweifeln und stellte sich schließlich heraus, daß das Mädchen das Portemonnaie verloren und zu seiner Entschuldigung das sensationelle Straßenräuberstück ausgebracht hatte. — Jetzt man hierbei das jugendliche Alter von 12 Jahren (!) in Betracht, so muß man wirklich vor dieser Fertigkeit im — Finden staunen.

### Vermischtes.

(Eine rührende Scene) spielte sich kürzlich auf dem Amtsgericht Berlin ab. Ein Kaufmann hatte die Scheidungsbeklagte gegen seine Frau, welche ihn i. B. freiwillig verlassen, eingeleitet und die beiden Eheleute fanden sich auf dem Gericht ein um die Scheidung vollziehen zu lassen. Die Frau erschien mit dem vierjährigen Söhnchen, einem hübschen blondgelockten Knaben, und ging, da sie ihren Mann bereits amnestisch fand, etwas abseits. Doch auch der Knabe hatte seinen Vater bemerkt und sofort erkannt, denn mit dem Rufe: „Papa, mein lieber Papa!“ rief er sich von der Hand der Mutter los und eilte nach seinem Vater hin. Dieser hatte einen Augenblick in tiefer Nüchternung aus seinen Augen, doch plötzlich brachen Thränen aus seinen Augen; er nahm den Knaben empor, drückte ihn leidenschaftlich an sich und bedeckte sein Gesicht mit Küffen. „Nimm dich der kleine der Mutter hübsch zu.“ „Mama, komm doch her zu Papa, er ist ja so gut! Komm, liebe Mama.“ — Nicht lange befand sich die Mutter, eilte zu dem Manne hin, ergreif den Knaben und mit weinendem Gesichte. Langsam ließ der Vater den Knaben seinen Armen entgleiten, umarmte seine Frau und beide gingen verabschiedet von dannen.

(Streit der Gondoliere.) Wie man aus dem Bericht meldet, haben sämtliche Gondoliere, deren Anzahl sich auf 800 ungefähr beläuft, Streite gemacht und

ihre Fahrten gänzlich eingestellt. Anlaß zu diesem Streit gab die Einführung von kleinen Dampfschiffen, welche den Passagierverkehr auf den Kanälen und zwischen den verschiedenen Vororten der Stadt besorgen. Die Regierung hat schließlich der Stadt ihre kleine Pontonsflotte zur Verfügung gestellt, damit wenigstens der Transport von Lebensmitteln und Kranken nicht unterbrochen werde.

(Ein falscher Schwur.) Ein russischer Bauer in einem Dorfe des Kreises Moskwa war beschuldigt worden, seinem Herrn ein Veil gestohlen zu haben. Er leugnete und beschwor vor dem Landensdamen, der ihn deshalb befragen wollte, ein Kreuz küßend seine Unschuld mit folgenden Worten: „Verr Gott, wenn ich das Veil gestohlen habe, so möge mich einiges Kind sofort sterben.“ Er hatte diesen Schwur kaum gethan, als seine Frau eben hereinlief und unter Thränen anrief: „Mein Kind ist eben plötzlich gestorben.“ Der Dieb gelang, juchend durch den Vorfall erschüttert, seine Schuld ein. Auf die bäuerliche Bevölkerung macht das Zusammentreffen dieser Umstände selbstverständlich einen sehr tiefen Eindruck.

(Einen lebenswürdigen Appell an die Mildthätigkeit enthält die „Dresdener Zeitung“. Derselbe lautet: „Die vereinigten Vogelschaar in Stadt und Land hat in ihrer letzten Generalversammlung in Anbetracht dessen, daß der Winterstich der Erde verschlossen ist, alle Räuben und Würmer sich verbrochen haben, die Fruchtbrüden in Feld und Wald, auf Weg und Steg unvorfindbar, ja selbst ihre Trinkschalen unzugänglich geworden sind, einmüthig beschlossen, ihre große Noth öffentlich zu klagen und unterthänig zu bitten: 1) daß alle bei Trüge und in der Küche ererbigen Broden gefammelt, 2) in Scheuern, Wöden und Ställen die Krucht- und Futterreste dem Verderben entzogen, 3) in den Backstuben und Kaufäden der Bäder alle Brot- und Semmelkrumen aufgehoben, überhaupt 4) allenthalben, wo sich Krüden, Krüden oder sonst etwas für ihren Magen Brauchbares findet, mit hausälterischer Sorgfalt zusammengethan und das Alles in tiefer schweren, harten Winterzeit ihnen als Rettungsmittel gepuffert werden möchte. Dagegen verpflichten sie sich, in künftigen, besseren Zeiten den milden Gebern die zu bereiten, ihren Dank durch Gesang, ihr Vergnügen durch munteres Fliegen zu erheben. — Zur Beglaubigung: Der Hiesiger Verein.“

(Eindredete Einkommensteuer-Defraudation.) Der Nachlaß eines vor nicht langer Zeit in Somburg verstorbenen Millionärs ist von der dortigen Steuerdeputation zu einer Nachversteuerung verurtheilt, weil der Verstorbene seit längerer Zeit sein Einkommen zu niedrig angegeben hatte. Die nachzuschulende Steuer nebst Zinsen beläuft sich auf rund 82000 M.

(Colerana.) In der hiesigen Gemeinde Sandhausen bei Heidelberg wurde seiner Zeit die alte evangelische Kirche an die israelitische Gemeinde verkauft, welche eine Synagoge daraus machte. Da nun gegenwärtig die neue evangelische Kirche daselbst einer Reparatur bedarf, so hat die israelitische Gemeinde mit Genehmigung des Rabbiners die Synagoge bereitwilligst den Evangelischen zur Abhaltung ihrer Gottesdienste überlassen. — In Willingen hat der ganz katholische Gemeinderath der dortigen evangelischen Diasporagemeinde eine Beitrag aus der Gemeindefasse bewilligt, damit zur Abhaltung des Gussau-Wolfs-Festes das Kirchlein der Evangelischen ausgeschmückt werden konnte.

(Die Königin Carola von Sachsen) ist bekanntlich an einem schleichen Nervenfieber nicht unbedeutlich erkrankt. Eigenthümlich ist die Veranlassung dieser Krankheit, die in einer Ueberanstrengung und damit verbundenen Erhaltung gesucht wird. Die Königin ist nämlich nicht nur eine eifrige Protektorin des nach ihr benannten Krankenhauses, sondern auch eine passionierte Künstlerin im Entzöden von Früchten. Schon seit einer Reihe von Jahren läßt sie es sich nicht nehmen, für die unter ihrem Schutze stehenden Krankenanstalten die Fruchtconserven selbst herzustellen. Die Fülle des Obstes in diesem Jahre ist, wie der Frankfurter Zeitung berichtet wird, Veranlassung gewesen, daß die Königin in dem Carolahaus Früchte in solchen Mengen eingemacht hat, daß selbst für eine Berufschönin die Herstellung des Quantums eine Riesenaufgabe gewesen sein würde. Bei dieser Arbeit hat die Königin zu wiederholten Malen die Mächte zu Hilfe genommen, um die in rühmlichen Vorstände zu bewältigen, und dabei soll sie sich die Erhaltung zugezogen haben.

(Ärztliche Richter.) Der Richterstand in Mexico ist in voller Empörung gegen den Gouverneur der Stadt, Demil Pardo, aufgestanden, weil der Pardo die Herren zwingen wollte, ihr besondliches Nichtsthum aufzugeben und in regelmäßigen Sitzungen entsprechend zu arbeiten, wozüglich ohne sich befehlen zu lassen. Das war den Richtern und ihren Freunden doch zu unangenehm und sie haben sich, 150 Mann hoch, telegraphisch an den Minister des Innern gewandt, mit der Bitte, dieser möge dem Pardo den Kopf zurechtlegen. Die Bevölkerung ist natürlich dem Pardo sehr dankbar für sein Eingreifen.

(Die „Kreuzzeitung“) veröffentlicht folgende Erklärung: „Da in mehrere Blätter eine Neuzugung aufgenommen worden ist, die eine hohe Person gelegentlich der letzten Hofjagd in Oslau an mich gerichtet haben soll, so erkläre ich hiermit, daß die Angabe über diese Neuzugung vollständig der Wahrheit entbehrt. Rabel, Bahor dr.“

(Die Mormonen) müssen in diesem Jahre in Europa thätig gewirkt haben, da sich in diesem Jahre in Liverpool bereits 2400 Anhänger der Sekte nach Amerika eingeschifft haben.

(Auch ein Mittel gegen die Cholera.) In Mexiko herrscht jetzt die Cholera und sind derselben schon Hunderte von dort eingetroffenen Pilgern erlegen. Die mexicanische Regierung hat zwar 15 Militärärzte nach der heiligen Stadt geschickt und andere Sanitätsmaßregeln ergreifen lassen, aber alle diese Vorkehrungen werden von der sanftmüthigen Bevölkerung als nutzlos verspottet, da sie behaupten, daß gegen diese Krankheit, die eine besondere Häufung des Himmels sei, menschliche Mittel nichts nützen. Die Bewohner strömen dafür zeitig morgens schon zu den Thoren der Raaba (dem bekannten heiligen Gotteshaus des Islam) hin und kaufen hier von dem Pförtner ein Stückchen von dem Heilen, mit welchem er abends zuvor das Heiligthum ausgekehrt hat. Diese Stückchen Holz, welche man mit Gold bezahlt, werden in Wasser gefocht und daselbst dieses Anekdoten nicht wenig.

(Mormonen in Sicht.) Vierundzwanzig Mormonen-Missionäre sind am vergangenen Dienstag mit dem Dampfer „Abissinia“, von der Union-Linie, nach NewYork nach Europa abgegangen, um hier an allen Ecken und Enden für die Lehren der Salzsee-Heiligen Prophezen zu machen.

### Volkswirtschaftliches.

Aus Berlin schreibt man: Die in den letzten Monaten von Neuem in Vörrathreifen erwachte Lust zu Gründungen von Banken und Industriegeellschaften und die dabei in einer Anzahl Fälle zu Tage getretenen Symptome der Unolidität haben dem Vernehmen nach auch die Aufmerksamkeit der hiesigen Staatsanwaltschaft auf sich gezogen, welche mit Interesse die bei den Gründungen neu sich ergebenden Kenntnisse, um das Substitut zur Beteiligungs herauszugeben, verfolgt, und den ihr zugehenden Anzeigen über schwindelhaft Manipulationen bei neuen Gründungen die gebührende Beachtung widmet.

### Militärisches.

Aus einer Uebersicht über die Etatsstärke des deutschen Heeres für das Etatsjahr 1882/83, welche dem Bundesrath zugegangen ist, erhellt, daß das Heer zählt: an Offizieren 18134, davon kommen auf Preußen 14008, Sachsen 1137, Württemberg 773, Bayern 2216, an Unteroffizieren 51581, davon Preußen 39591, Sachsen 3283, Württemberg 2341, Bayern 6366; an Mannschaften incl. der Unteroffiziere überhaupt 427274, davon auf Preußen 330629, Sachsen 27606, Württemberg 18815, Bayern 50224. Die Gesamtzahl der Militärärzte beträgt 1698, der Regimentsärzte 782, der Hofärzte 618, der Stabschirurg 656, der Sattler 93, der Dienstpferde 81629.

### Witterungs-Bericht

der meteorologischen Beobachtungs-Station des opt.-mech. Instituts von M. Müller, Merseburg, Windberg Nr. 7.

	8/11. Abds. 8 Uhr.	9/11. Mrgs. 8 Uhr.
Barometer Millim.	765.0	764.0
Therm. Celsius	+ 5.0	+ 3.0
Rel. Feuchtigkeit	96.4	97.9
Bewölkung	4	2
Wind	NNO.	NNO.
Stärke	6	4

### Börsen-Bericht.

Halle, 8. November 1881.  
Weizen 1000 Kilo, feinst. 213—228 M., exquisite Waare bis 243 M. bez.  
Roggen 1000 Kilo, neuer 201—204 M.  
Gerste 1000 Kilo, 167—177 M., Chevalier- 180—195 M.  
Gerstenaal, 50 Kilo, 14.50—15.00 M. bez.  
Hafer 1000 Kilo 165—170 M.  
Rümmel 50 Kilo, 25.50—26.50 M. bez.  
Rümmel 50 Kilo, 28.50 M. bez.  
Futterweizen 50 Kilo, 8.50 M. bez.  
Rote, Roggen- 50 Kilo, 6.40—6.50 M. bez., Weizenwaare, 5.25 M. bez., Weizenriesel 6.00—6.10 M.

### Anzeigen.

#### Samilien-Nachrichten.

#### Todesanzeige.

Heute Morgen entlieh plötzlich meine liebe Frau, unsere theuere, geliebte Mutter. Dies allen lieben Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um stille Theilnahme.  
Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr statt.  
Familie Knöfel.  
Merseburg, den 9. November 1881.

#### Bekanntmachung.

Montag den 14. d. M., vormittags 10 Uhr, sollen die unterhalb des Damms am Zivollstehenden 6 Stüd Pappeln, sowie die am grünen Hofe stehende Pappel meistbietend gegen sofortige Zahlung verankt werden. Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht. Veranlassungsort: am Zivoll.  
Merseburg, den 8. November 1881.  
Die Deponie-Deputation des Magistrats.  
Schwidder, Stadtrath.

Eine Grube Dünger ist zu verkaufen  
Friedrichstraße 16.



# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herantträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

N. 183.

Donnerstag den 10. November.

1881.

## Fürst Bismarck und die Antisemiten.

Fürst Bismarck hat dieser Tage Veranlassung genommen, sich über die antisemitische Bewegung auszusprechen. Er hat seine volle Mißbilligung über dieselbe zu erkennen gegeben und mit Nachdruck betont, er werde niemals dazwischen willigen, daß die staatsbürgerlichen Rechte der Juden irgend beschränkt würden. Keineswegs war Fürst Bismarck zu dieser Erklärung provocirt worden; er brachte den Gegenstand vielmehr selbst auf das Tapet. Der Reichskanzler läßt sich übrigens gar nicht zu Erklärungen provociren, die er nicht abgeben will. Man kann ihn fragen, so viel man mag; will er keine Antwort geben, so bekommt man seine Silbe von ihm heraus. Fürst Bismarck hat also den Wunsch geäußert, daß seine Stellung zu der Frage bekannt werde und er hat ausdrücklich die Veröffentlichung seiner Aeußerungen gewünscht. Er hat die Erklärung nicht früher abgegeben, bis der Ausfall der Wahlen bekannt wurde. Hätte er sie früher abgeben wollen, so hätte er täglich dazu Gelegenheit nehmen können. Er fragt sich nun, ob er die Erklärung auch, und ob er sie entschieden abgeben hätte, wenn der Ausfall der Reichstagswahlen ein anderer gewesen wäre, wenn z. B. die antisemitische Bewegung sich stark genug gezeigt hätte, die fortschrittlichen Candidaten aus Berlin zu verdrängen. Mit Bestimmtheit wird man keine Antwort auf diese Frage geben können.

Wie würden das Verdienst der Erklärung des Reichskanzlers für die weitem größer erachten, wenn sie früher erfolgt wäre, z. B. zu jener Zeit, als der deutsche Kronprinz die antisemitische Bewegung als eine Schwach für Deutschland erklärte. Wer diese Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der weiß, daß sie niemals hätte die Stärke erreichen können, die sie angenommen hat, wenn nicht die Meinung allgemein verbreitet gewesen und unwiderrprochen geblieben wäre, Fürst Bismarck sei der Beförderer derselben. Wurde der Reichskanzler doch von Dr. Förster, dem Veranstalter der Antisemitenpetition, für den größten der Antisemiten erklärt, und erzählte doch dieser Herr Förster, der Reichskanzler habe diese Petition nicht nur entgegengenommen, sondern der Wortlaut derselben sei ihm, bevor sie zur Unterschrift in Circulation gesetzt wurde, von dem Frhn. v. Thüngen-Kosbach in Kissingen unterbreitet worden, und er habe sie gebilligt. Um den Glauben zu verbreiten, Fürst Bismarck begünstige die Antisemiten, wurden von den Leitern derselben Telegramme an ihn erlassen, und Fürst Bismarck hat dieselben immer auf das Entgegenkommendste beantwortet. Aber wohl gemerkt: in den Antworttelegrammen steht kein Wort der Billigung des antisemitischen Treibens; in den an ihn gerichteten Depeschen stand nichts von Antisemitismus, sondern nur von Kaiser und Reich und von Zustimmung zu des Reichskanzlers Politik, und die Antworten sprachen wieder nur von Kaiser und Reich, und für die Unterstützung seiner Politik sprach der Reichskanzler seinen Dank darin aus. Niemand kann eine Silbe aus den veröffentlichten Telegrammen nachweisen, in denen Fürst Bismarck die Billigung des Treibens der Ruppel, Söder, Henrich, Förster und

Gen. ausgeprochen hätte. Die große Menge las aber die Zustimmung des Kanzlers zu der Bewegung heraus.

Durch alles dieses ist die antisemitische Bewegung so weit gekommen, daß die Agitatoren Bismarck drohen, sie würden dieselbe auch gegen ihn zum Austrage bringen. Das von antisemitischem Gelte gegründete und unterhaltene „Deutsche Tageblatt“ sagt: „Die Judenhege hat einen berechtigten Kern; sie existirt trotz der angeblichen Anschauungen Fürst Bismarcks, sie wird, wenn er's so haben will, auch gegen ihn existiren.“ Wir sehen daraus also, wie es mit den loyalen Behauptungen der Antisemiten bestellt ist. Bis dahin haben sie den Reichskanzler in den Himmel erhoben, weil sie glaubten, er sei ihr Mann. Nun er anderer Meinung zu sein scheint, drohen sie ihm, sie würden ihre Hege auch nöthigenfalls gegen ihn fortsetzen.

Um diese Sprache zu verstehen, muß man wissen, daß die Agitatoren von dem Antisemitismus ihre Existenz fristen. Ueber die Mittel, welche der konservativ-antisemitischen Bewegung in letzter Zeit zugefloßen sind, wird uns aus Berlin von Jemand, dem ein Zufall Einsicht in die begüthlichen Kassenverhältnisse verschafft, mitgetheilt: „Die Summen, welche die konservativ-antisemitische Bewegung verschlungen, sind noch weit größer, als man annimmt. Die konservative Wahlagitation in Berlin hat allein mehr Geld erfordert, als die Wahlkosten sämmtlicher liberalen Parteien im ganzen Reich zusammen betragen haben. Allein durch den großen Schnittwaarenhändler Herzog, den Concurrenten von Gerson, Strauß u. f. w., sind etwa 400 000



Man ersieht aus diesen kleinen Zügen, daß die konservativ-antisemitische Agitation auch in den höchsten Gesellschaftskreisen keinen Boden hat, ebensowenig, so wie es nicht gelungen ist, sie in die Arbeiterkreise zu tragen. Es ist nur eine dünne Mittel-

schrift, in der sie ein künstliches Leben führt, und auch dort wird sie jetzt wahrscheinlich bald erlöschen.

## Politische Uebersicht.

In Breslau ist das Unglaubliche wirklich geschehen; die Konservativen und Freikonservativen haben dort den Rath der „Schles. Itz.“ befolgt und in der Stichwahl in beiden Wahlkreisen für die sozialdemokratischen Candidaten gestimmt, welche denn auch über die fortschrittlichen gestiegen haben. In der Hauptwahl erhielten die Sozialdemokraten Hasenclever und Kräder dort 5242 und 4955, dagegen in der Stichwahl 8457 und 8359 Stimmen. Die vereinigten Konservativen hatten bei der Hauptwahl 4152 und 3430 Stimmen aufgebracht. Man erkennt also, daß die Zunahme der Stimmen, welche die Sozialdemokraten erhielten, mit dieser konservativen Stimmzahl in Einklange steht. Nur wenige Konservativ haben sich der Wahl enthalten. So operirt die das Ministerium zugehörige Partei! Es ist gewiß ein trauriges und demüthigendes Ereigniß, daß die zweite Hauptstadt Preussens, losgerissen von ihren langjährigen politischen Traditionen, die Fahne des staatlischen und gesellschaftlichen Umsturzes im Reichstage aufpflanzt; aber es ist nicht nur ein trauriges, sondern auch ein klärendes Ereigniß, insofern es dem Lande zeigt, wo die Schildträger dieser Umsturzpartei zu suchen sind, falls der Wille des Volks sich einmal gegen die Gelüste der politischen Reaction zur Wehre setzt. Selbstverständlich wird man uns jetzt in der offiziösen, konservativen und sonstigen antiliberalen Presse die absolute Unschädlichkeit der beiden in Breslau gewählten Sozialdemokraten und noch einiger anderer dazu demonstrieren. Darauf sind wir gefaßt. Es wird das ein sehr schätzbares Material zu den Motiven für die abermalige Verlängerung des Sozialistengesetzes geben, und es wird sich außerdem danach sehr klar beurtheilen lassen, was es mit den „staatlischen“ und „nationalen“ Bestrebungen einer Parteeicoalition auf sich hat, die im engsten Anschluß an die eingekerkerte Parole „Pulver und Dynamit!“ gegen den freisinnigen Theil der Nation zu Felde zieht.

Welche Segnungen die neue Wirtschaftspolitik gebracht hat, erhellt auch aus folgendem Passus der Rede, mit welcher der Landtag des Großherzogthums Oldenburg, eines finanziell überaus gut situirten Landes, am 3. d. M. eröffnet worden ist. Es heißt dort an einer Stelle: „Für das Großherzogthum hat, trotz des eingetretenen Sinkens des Aufwandes für Reichszweck, ein geringer Zuschlag zur Einkommensteuer sich nicht vermeiden lassen, da, wesentlich in Folge der gedruckten Erwerbsverhältnisse, mehrere Einnahmen nicht in der bisherigen Höhe haben eingestellt werden können.“ Es ist dies eine amtlich in aller Form abgegebene Erklärung der Oldenburgischen Staatsregierung.

Italienische Blätter berichten von einem Glückwunschschreiben des deutschen Kronprinzen an König Humbert, in welchem derselbe seiner Freude über die Wiener Entrevue Ausdruck giebt, weil dadurch Italien auch Deutschland nähergebracht werde. — Nach einer Münchener Meldung der „Perseveranza“ hat auch der König